

STELLUNGNAHME DER GEW ZUM LANDESAKTIONSPLAN GEGEN RASSISMUS

Die GEW bedankt sich für die Gelegenheit zur Stellungnahme über die Umsetzung des Landesaktionsplans gegen Rassismus und weist darauf hin, dass im Folgenden nur Punkte aus dem Landesaktionsplan aufgegriffen werden, die die Organisationsbereiche der GEW Schleswig-Holstein betreffen.

Allgemeine Anmerkungen

Der Landesaktionsplan gegen Rassismus wurde im Juni 2021 veröffentlicht. Die GEW begrüßt grundsätzlich das Vorhaben und auch die Überprüfung der Umsetzung durch den als Drucksache 20/1319 veröffentlichten Bericht.

Der GEW fällt auf, dass als Umsetzungsschritte in verschiedenen Bereichen häufig Maßnahmen gegen Antisemitismus aufgeführt werden. Dies betrifft sowohl die sogenannten „neuen“ Maßnahmen als auch die „bestehenden“ Maßnahmen. Ein Vorgehen gegen Antisemitismus ist – gerade in Anbetracht der stark zunehmenden antisemitischen Vorfälle – richtig. Antisemitismus ist eine Diskriminierungsform im Spektrum der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit. Der Landesaktionsplan gegen Rassismus sollte Maßnahmen beschreiben, die sich gegen alle Formen der Diskriminierung richten und keine besonders hervorheben. Es fehlen beispielsweise Maßnahmen zu anti-muslimischem Rassismus. Beschrieben werden viele Maßnahmen, die aber dem gravierenden Problem des Alltagsrassismus wenig entgegensetzen. Die Perspektive von Schüler*innen, Kindern in Kindertageseinrichtungen, Lehrkräften oder Erzieher*innen, die Rassismuserfahrungen im Kontext Schule oder Kindertageseinrichtungen gemacht haben, wird nicht aufgegriffen.

Alle Bildungseinrichtungen brauchen Ressourcen, um die geplanten Maßnahmen nachhaltig umzusetzen. Es kann nicht allein die Aufgabe der Lehrkräfte und Erzieher*innen sein, sich fortzubilden und dann mit der Umsetzung allein gelassen zu werden.

Die GEW begrüßt die geplante Einrichtung einer unabhängigen Beschwerdestelle und schlägt darüber hinaus vor, für den Schulbereich analog zur Maßnahme 16 (Einrichtung einer Ansprechstelle gegen Rassismus bei der Landespolizei) eine Beschwerdestelle für Diskriminierungen an Schulen einzurichten.

Die GEW schlägt außerdem vor, das Thema Diskriminierungsschutz in das Schulgesetz aufzunehmen.

Eine mögliche Formulierung könnte unter Abschnitt 2, Auftrag der Schule, § 4, Pädagogische Ziele, Absatz 7 ergänzend sein:

„Keine Schülerin, kein Schüler und keine Lehrkraft darf wegen der ethnischen Herkunft, äußerer Merkmale, Nationalität, Sprache, des Geschlechts, der sexuellen Identität, der sozialen Herkunft oder Stellung, einer Behinderung, der religiösen, weltanschaulichen oder politischen Überzeugung bevorzugt oder benachteiligt werden. Einer Benachteiligung ist aktiv entgegenzuwirken.“

Anmerkungen zu den Umsetzungsschritten des Ministeriums für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur (2.5)

17. Sensibilisierung der Lehrkräfte und Schulleitungen für den Umgang und die Pflege des Gewaltmonitorings an den Schulen in Bezug auf rassistische Diskriminierung

Eine Sensibilisierung von Lehrkräften über einen Newsletter hält die GEW für unzureichend. Das Gewaltmonitoring ist wichtig, damit das MBFWK über Vorfälle informiert ist. Alltagsrassismus und kleine Vorfälle werden hier allerdings nicht erfasst. Die GEW hält das Gewaltmonitoring nicht für das geeignete Instrument, um gegen Rassismus vorzugehen. Die Erfassung von Zahlen allein reicht nicht

aus: Wo sind Hilfsangebote und Ansprechpartner*innen bei Vorfällen zu finden? Hier braucht es konkrete niedrigschwellige Handreichungen für alle Betroffenen.

Zudem fällt auf, dass keine aktuellen Auswertungen zu finden sind. Zwar sind Zahlen und Fakten zum Gewaltmonitoring auf der Internetseite des MBWFK aus dem Jahr 2021 veröffentlicht, allerdings ist das nicht ausreichend, da diese Zahlen längst überholt sein dürften.

18. – 21. Vermittlung der Kolonialgeschichte

Die Landesregierung hat sich dafür entschieden, das Thema Kolonialismus zu einem Schwerpunktthema innerhalb des Landesaktionsplans zu machen. Das MBWFK ist diesbezüglich für sechs Maßnahmen zuständig.

Es hat eine Leuchtturmveranstaltung zu dem Thema Kolonialismus für Geschichtslehrkräfte gegeben. Ob weitere landesweite Projekte und Programme geplant sind, geht aus dem Bericht nicht hervor. Lediglich der Leitfaden zu den Fachanforderungen für das Fach WiPo wurde im Hinblick auf den in Punkt 19 geplanten Umsetzungsschritt verändert. Hier fehlen Fächer wie Geschichte, Religion und auch Deutsch. Dies betrifft auch den Umsetzungsschritt 19. Es wurde eine Unterrichtseinheit zum Thema Kolonialismus für das Fach WiPo konzipiert. Dies ist im Hinblick auf die von der Landesregierung gesetzte Schwerpunktsetzung zu wenig. Neue Angebote beim IQSH gibt es nur für Geschichts- und Religionslehrkräfte (insgesamt zwei Angebote). Auch hier fehlen übergreifende Angebote.

29. Berücksichtigung von Diversität und Rassismus in Lehrmaterialien und in der Lehrkräfteausbildung

Zu begrüßen ist der Zertifikatskurs „Hass und Hetze – Theorien und Handlungsstrategien für den Schulalltag im Kontext Extremismusprävention“. Die GEW hält dieses Vorhaben für eine sinnvolle Ressource. Unklar ist allerdings, wie der Kurs bekanntgemacht wird und wie sichergestellt wird, dass möglichst viele Lehrkräfte unterschiedlicher Schulen das Angebot wahrnehmen.

Geplant ist darüber hinaus eine zweistündige Ausbildungsveranstaltung für LiV zum Thema „Extremismus-Prävention“. Es handelt sich dabei um ein freiwilliges Angebot. Es geht aus dem Bericht leider nicht hervor, wie dieses Angebot umgesetzt wird. Damit wird das Thema in der Lehrkräfteausbildung zwar berücksichtigt, sorgt aber für zusätzlichen Workload, sodass sich voraussichtlich nur LiV beteiligen, die sich ohnehin für das Thema interessieren. Ziel muss sein, dass Extremismus-Prävention in die Ausbildung integriert wird, ohne zusätzlichen Arbeitsaufwand für die Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst. Dies ist auch bei den geplanten Selbstlernkursen für die LiV zu bedenken.

Das Angebot einer Reise nach Israel ist in Anbetracht des Krieges vermutlich hinfällig und betrifft ohnehin nur ausgewählte LiV, sodass auch in diesem Zusammenhang nicht davon ausgegangen werden kann, dass durch das Angebot die Themen Diversität und Rassismus stärkere Berücksichtigung in der Lehrkräfteausbildung finden.

Die Inhalte der DaZ-Weiterqualifikation (z.B. Alltagsrassismus) begrüßt die GEW. Diese Inhalte sollten allen Lehrkräften aller Fächer zur Verfügung stehen und nicht nur denjenigen, die eine DaZ-Qualifikation absolvieren.

31. Einrichtung des Runden Tisches Shalom&Moin

Die GEW begrüßt die Einrichtung des o.g. Runden Tisches und die in diesem Zusammenhang beschriebenen umgesetzten Maßnahmen.

Bezüglich der an das IQSH abgeordneten Lehrkraft zum Thema Antisemitismus, stellen sich der GEW folgende Fragen:

- Welche Lehr- und Unterrichtsmethoden werden erprobt? Mit welchem Ziel und welchem Ergebnis?
- Wer nimmt an den regelmäßigen Fortbildungen teil? Was wird dort gemacht und welchen Mehrwert haben diese Fortbildungen für die Lehrkräfte und ihre tägliche Arbeit?

Aus Sicht der GEW sollte es allen Schüler*innen einmal in ihrer Schullaufbahn ermöglicht werden, eine Gedenkstätte zu besuchen. Um dieses Ziel zu erreichen, sollten vorhandene Unterstützungsmöglichkeiten wie zum Beispiel die „Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten“ bekannter gemacht werden.

Anmerkungen zu den Umsetzungsschritten des Ministeriums für Soziales, Jugend, Familie, Senioren, Integration und Gleichstellung (2.11)

24. Berücksichtigung von Rassismuskritik/Rassismusprävention in der nächsten Überarbeitung der Bildungsleitlinien der Kitas und den dazugehörigen Materialien

Die GEW begrüßt die geplante Umsetzung und schlägt vor, Rassismuskritik und Rassismusprävention in der Querschnittsdimension der interkulturellen Orientierung aufzunehmen und ausreichend zu benennen. Aktuell geht es nur um die Auseinandersetzung mit verschiedenen Kulturen im Kita-Alltag. Das hält die GEW für unzureichend.

25. und 26. Sensibilisierung in Kita-Trägerworkshops und Bereitstellung einer spezifischen trägerübergreifenden Fortbildung für die Fachberatungen der Kitas, die Rassismuskritik und Rassismusprävention adressiert

Die Umsetzung dieser Schritte ist noch ausstehend. Die Umsetzung der Maßnahmen 25 und 26 sollten zusammengefasst werden. Die GEW kritisiert, dass hier offenkundig seit 2021 nichts passiert ist und weist darauf hin, dass eine einmalige Sensibilisierung oftmals zu kurz greift. Rassistische, wie auch weitere menschenfeindliche Verhaltensweisen, sind in der Regel erlernte Muster, die aktiv durch Änderungen in der Haltung „verlernt“ werden müssen. Die vorrangige Fokussierung auf Bewusstsein über Rassismus und auf Sensibilisierung ist wichtig, aber als alleinige Maßnahme in den Kitas nicht nachhaltig. Stattdessen müssten rassistische Strukturen in den Institutionen abgebaut werden. Dazu macht die GEW folgende Vorschläge:

- Die geplanten Fortbildungen sollten sich darauf fokussieren, Multiplikator*innen in den Bildungseinrichtungen auszubilden.
- Es müssen entsprechende Ressourcen vom Land zur Verfügung gestellt werden, die es den Einrichtungen ermöglicht, die strukturelle und institutionelle Begünstigung rassistischer Strukturen abzubauen.

27. Berücksichtigung von Rassismusprävention in der Kita auf Fachtagungen

Die Ausführungen zu dieser Maßnahme sind wenig aussagekräftig. 2022 hat eine Fachtagung stattgefunden und für den 13.10.2023 sei eine Fachtagung geplant. Unklar ist, wie die bisherige Resonanz war und inwieweit die Fachberatungen das Wissen in die Einrichtungen tragen konnten.

28. Nutzung des Kita-Newsletters für die Verbreitung und Bereitstellung relevanter Informationen zum Thema Rassismuskritik und Rassismusprävention in der Kita

Aus dem Bericht geht hervor, dass die Umsetzung dieser Maßnahme nur punktuell erfolgt sei. Verwiesen wird auf die fehlende personelle Ressource. Dies kritisiert die GEW scharf.

Insgesamt ist festzustellen, dass die durch das Ministerium für Soziales, Jugend, Familie, Senioren, Integration und Gleichstellung umzusetzenden Maßnahmen entweder noch gar nicht oder nur punktuell umgesetzt sind oder erst in Planung sind. Das ist aus Sicht der GEW nicht hinnehmbar. Auch das Thema Demokratiebildung kommt zu kurz. Es werden nur wenige Maßnahmen, die Fachkräfte betreffen, angesprochen. Die Einübung demokratischer Strukturen kann jedoch auch schon im Kita-Bereich umgesetzt werden, nicht erst in der Grundschule. Auf das fehlende Beschwerdemanagement wird oben bereits hingewiesen.